

Seehofers Märchen aus tausendundeiner Nacht: Es gibt keinen ausgeglichenen Haushalt und de facto auch keinen Schuldenabbau.

Der Ministerpräsident ist den Erwartungen, seinen angeblichen Plan einer Radikalentschuldung zu erörtern, flüchtend aus dem Weg gegangen.

Erwiderung von Markus Rinderspacher, Mdl,
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion,
auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer.

Bayerischer Landtag
25. Januar 2012

Es war einst Edmund Stoiber, der davon sprach, die CSU stehe für die Leberkäs-Etage. Mit Ihrer heutigen Rede, Herr Ministerpräsident Seehofer, hat die CSU die Bescheidenheit der Leberkäs-Etage verlassen und ist endgültig in der Prosecco-Lounge der unbegrenzten Selbstherrlichkeit angekommen.

Den Anschein zu erwecken, es gebe in Bayern nur eitel Sonnenschein, während Regen, Wind und Wolkenbruch hier gewissermaßen völlig unbekannt seien, ist Ihr gutes Recht. Aber es sind doch wohl auch Zweifel angebracht sein, ob Sie mit einer in weiten Strecken selbstgefälligen Schönwetterrede die Lage im Freistaat Bayern tatsächlich vollständig und präzise beschrieben haben. Ja, ich sage es vorweg: Es geht uns in vielen Bereichen gut in Bayern. Wer wollte das ernsthaft bestreiten?

**Eine gute Regierungserklärung zeigt Lösungsmöglichkeiten auf.
Sie ist keine abgehobene Politreklame in eigener Sache.**

Bayerns Frauen und Männer haben Bayern zu dem gemacht, was es heute ist: ein starkes, ein wunderbares Land, ein wunderschönes Fleckchen Erde.

Unsere Heimat lebt vom starken Charakter und vom unbändigen Fleiß ihrer Menschen. Aber gerade diese Menschen dürfen erwarten, dass eine Regierungserklärung auch Probleme aufzeigt und Herausforderungen skizziert. Eine gute Regierungserklärung zeigt Lösungsmöglichkeiten und Wege auf. Die Menschen im Land erwarten Ernsthaftigkeit und Differenziertheit in der politischen Bewertung und keine abgehobene Politreklame in eigener Sache.

Die Problemthemen in Bayern, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute ganz gezielt und bewusst ausgeklammert. Sie haben sogar das Kunststück fertiggebracht, in einer Regierungser-

klärung zur Finanzpolitik im Freistaat Bayern auf 16 Seiten Redemanuskript kein einziges Mal das Wort "Landesbank" zu verwenden. Das wird wohl Gründe haben. Diese Klippe so weiträumig zu umschiffen, ist schon eine Kunst.

Sie reden von unbegrenzten Chancen, schönen die unbegrenzten Risiken, die zum Beispiel noch immer bei der Landesbank schlummern. Die klammern Sie völlig aus. Sie werden gestatten, dass ich darauf zurückkomme.

Ich weiß auch nicht, ob das Bild des Landes der unbegrenzten Chancen tatsächlich überall greift, Herr Ministerpräsident. Sie verschweigen, dass die Chancen von vielen Menschen im Freistaat Bayern durchaus begrenzt sind, weil der eigenen Hände Arbeit nicht zum Leben reicht.

Mehr als 100.000 Menschen in Bayern arbeiten den ganzen Monat über hart, um am Ende des Monats aufs Amt zum Aufstocken gehen zu müssen, weil CSU und FDP etwas Wesentliches zum Menschsein verweigern: Den Mindestlohn, den mehr als 80 % der bayerischen Bevölkerung fordern, wird es nur mit der SPD in Regierungsverantwortung geben.

Haben mehr als 200.000 Leiharbeiter in Bayern tatsächlich unbegrenzte Chancen, wie Sie es formulieren? Sie haben bessere Chancen nur dann, wenn ihnen CSU und FDP Equal Pay - gleichen Lohn für gleiche Arbeit - nicht mehr verweigern.

Haben knapp 12 % der bayerischen Bevölkerung, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben - Zahlen von Frau Haderthauer! -, tatsächlich unbegrenzte Chancen?

Haben mehr als 200.000 Alleinerziehende und viele, viele Familien in Bayern unbegrenzte Chancen in einem Bundesland, in dem Familie und Beruf vielerorts sehr viel schwerer zu vereinbaren sind als in anderen Bundesländern?

**Ganztagsschulangebote. Bayern ist
Schlusslicht im Bundesländervergleich.**

Warum? Weil öffentliche Kinderbetreuung und Ganztagsschulangebote in Bayern weitaus schlechter ausgebaut sind als in fast allen anderen Bundesländern. Nur fünf Prozent aller Schüler und Schülerinnen in Bayern kommen in den Genuss eines Ganztagsschulangebots. Bayern ist damit ein Schlusslicht im Bundesländervergleich.

Wo bitte sind die unbegrenzten Chancen für viele hochtalentiertere Jugendliche in Bayern, die sich ihr Studium in Bayern nicht selbst finanzieren können, weil hier die Bildungschancen wie in keinem anderen Bundesland vom Geldbeutel der Eltern abhängen?

Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung die Studiengebühren abschaffen; denn sie steht für mehr Chancen- und für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Ihre Regierungserklärung - Herr Ministerpräsident, diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen - war zudem gespickt mit Halb- und Unwahrheiten. Es war ein Sammelsurium an Behauptungen. Sie schmücken sich in vielen Bereichen schlichtweg mit fremden Federn. In einer Sache allerdings bleiben Sie sich treu. Sie haben wieder allerhand angekündigt. Aber es ist zu vermuten, dass Sie fast nichts davon halten werden.

Noch im Jahre 2010 haben Sie gesagt, die Wehrpflicht sei ein Markenzeichen der CSU, das die CSU nie und nimmer aufgeben werde. Wenige Wochen später haben Sie die Wehrpflicht de facto abgeschafft.

Noch im Jahre 2011, also vor einem Jahr, haben Sie hier im Hohen Hause ausgeführt, die Atomkraft sei die Energie der Zukunft. Eine Begrenzung der Laufzeiten der Atomkraftwerke sei unverantwortlich. "Atomkraft ist nötig, Atomkraft ist alternativlos", so lautete Ihr Credo.

Ich will Ihnen die eine oder andere Kehrtwende nicht übel nehmen, Herr Ministerpräsident. Denn manchmal rollen Ihre Purzelbäume durchaus in die richtige Richtung. Aber eines darf man am Ende Ihrer Rede schon fragen: Werden Ihre heutigen Botschaften wieder die geringen Halbwertzeiten haben wie diejenigen der Regierungserklärungen der vergangenen Jahre?

**Es kommt dem CSU-Chef beim Schuldenabbau
nur auf die schnelle und billige Wahlkampfschlagzeile an.**

Das Jahr 2012 hat die CSU so begonnen, wie sie das Jahr 2011 beendet hat. Es wurde in der CSU bis zum heutigen Tage über fast nichts anderes gesprochen als über Personalien: Gauweiler, Stoiber, zu Guttenberg. Und dann durften wir diese spektakuläre Pressekonferenz vor einigen Tagen in der Nymphenburger Straße erleben: Horst Seehofer selbst ist der Pressesprecher von Freiherr Karl Theodor zu Guttenberg und verkündet die Nachricht, dass der Freiherr in einem Gespräch in ausgesprochen menschlicher und freundschaftlicher Atmosphäre seinen festen Willen und seine volle Motivation betont hat, zur Bundestagswahl 2013 nicht zu kandidieren.

Und dann gab es eine Nachricht, die fast noch mehr erstaunt hat. Der Illusionskünstler aus Ingolstadt überrascht die CSU-Fraktion, sein Kabinett und den Koalitionspartner mit einer Zirkuskapriole, die die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" dazu veranlasste, Seehofers Endzeitprogramm als physikalisches Utopia zu brandmarken.

Zitat FAZ vom 22. Januar: „Wohin die Reise gehen soll, weiß keiner in der Partei, am wenigsten ihr Vorsitzender.“

Und nun zur Sache. Die Erwartungen der bayerischen Öffentlichkeit zur Regierungserklärung heute waren so hoch wie nie in den Jahren zuvor. Wir hätten nach den vollmundigen Ankündigungen, die CSU werde den Freistaat bis zum Jahre 2030 entschulden, gerne wenigstens ein paar Eckpunkte dieses ehrgeizigen Planes vernommen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben heute die unbegrenzte Chance verstreichen lassen, Ihre Marketing-Kampagne mit harten Fakten zu unterfüttern.

So bleibt der Eindruck: Es kommt dem CSU-Chef beim Schuldenabbau nur auf die schnelle und billige Wahlkampfschlagzeile an.

Hatte Herr Seehofer noch in Wildbad Kreuth ein Gesamtkonzept in kurzer Zeit in Aussicht gestellt, müssen wir nun bis zu den Haushaltsberatungen 2013/2014 warten. Kein Wort heute, wo er kürzen will. Bei den Polizisten?

**Schuldenabbau ist eine gute Sache: München hat unter
rot-grüner Führung den niedrigsten Verschuldungsstand seit 1995**

Bei den Lehrern? Bei den Hochschulen? Gibt es noch weniger Geld für die Regionen? Müssen die Kommunen herhalten? Staatsstraßenbau ade! Trifft das Streichkonzert das ohnehin magerere, zu spät kommende Programm zur Begleitung des demografischen Wandels? Wird etwa wieder beim Blindengeld gespart und gekürzt, so wie es bei Edmund Stoiber im Jahr 2004 der Fall war? Müssen sich die sehbehinderten Menschen in unserem Land tatsächlich darauf einstellen, bei der Streichorgie der CSU wieder an vorderster Stelle zu stehen?

Um nicht missverstanden zu werden: Ich habe Diffeenziertheit eingefordert, Herr Ministerpräsident. Die Finanzdaten des Freistaates Bayern sind im Ländervergleich durchaus erfreulich. Das kann man anerkennen.

Der Schuldenabbau ist selbstverständlich eine gute Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

Ich sage das zum Beispiel mit Blick auf die Landeshauptstadt München. Dort wurde die Verschuldung unter der Führung von Oberbürgermeister Christian Ude seit dem Jahre 2006 ohne großes Tamtam kontinuierlich Jahr für Jahr um insgesamt 1,7 Milliarden Euro abgebaut und damit halbiert. Da gab es keine großen Worte, sondern es waren Taten. Heute hat München unter rot-grüner Führung den niedrigsten Verschuldungsstand seit 1995.

Der Freistaat hat seine Verschuldung in CSU-Verantwortung von 20 Milliarden Euro auf 33 Milliarden Euro erhöht.

Zum Vergleich: Der Freistaat hat seitdem seine Verschuldung in CSU-Verantwortung von 20 Milliarden Euro auf 33 Milliarden Euro erhöht.

Und nun ernannt sich ausgerechnet dieser Ministerpräsident zum Sparkommissar. Ausgerechnet jener Ministerpräsident, der wie kein anderer Regierungschef in Bayern in kurzer Zeit neue Schulden aufgetürmt hat und in dessen Amtszeit nicht Schulden abgebaut wurden, sondern neue entstanden sind.

Dazu kann ich nur sagen: Es ist ein Märchen aus tausendundeiner Nacht. Es gibt keinen ausgeglichenen Haushalt und de facto auch keinen Schuldenabbau. Richtig ist: Durch das Versagen der CSU bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaates mit einem Schlag um 44% gestiegen. Richtig ist auch, dass für insgesamt 10 Milliarden Euro neue Kredite am Markt aufgenommen werden mussten, um einen Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern.

Mit bayerischen Steuergeldern hat die CSU den "Aufbruch Kärnten" organisiert

Richtig ist auch: 833 Euro neue Verbindlichkeiten kamen damit auf jeden Bayern pro Kopf vom Kleinkind bis zum Senior auf einen Schlag zu. Damit ist rein rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 eine Neuverschuldung von 1,42 Milliarden Euro erfolgt. Die Menschen in Bayern haben doch den tatsächlichen Aufbruch nicht vergessen, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, organisiert hatten, aber leider nicht in Bayern, sondern im österreichischen Bundesland Kärnten mit der Hypo Group Alpe Adria.

Mit bayerischen Steuergeldern haben Sie den "Aufbruch Kärnten" organisiert.

Fast vier Milliarden bayerische Steuergelder für nigel-nagelneue Staatsstraßen in Kärnten, für ein kosten- freies Kindergartenjahr, für 1.000 Euro Begrüßungsgeld, für ein neues Fußballstadion, für einen modernisierten Flughafen. Das ist der Aufbruch, den Sie organisiert haben, aber leider eben nicht in Bayern!

Und noch etwas darf ich in Erinnerung rufen. Bislang mussten die Steuerzahler in Bayern satte 733 Millionen Euro, also fast eine dreiviertel Milliarde, nur an Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen. Allein mit diesen Zinsen könnten wir in Bayern fast 3.000 Lehrerinnen und Lehrer fünf Jahre lang beschäftigen.

Allein mit diesen Zinsen könnten wir allen bayerischen Schülerinnen und Schülern ein Jahr lang ein warmes Mittagessen finanzieren. Das sind bittere Zahlen. Winken Sie ruhig ab, aber das ist die Realität. Pro Tag zahlt der bayerische Steuerzahler 940.000 Euro Zinsen für das Landesbankdesaster. Das sind jeden Tag fast eine Million Euro. Die CSU-Schuldenuhr tickt munter weiter, und der Herr Ministerpräsident spricht vom Schuldenabbau. Meine Damen und Herren, das ist ein vorgezogener Faschingscherz.

Die Schatten der Vergangenheit reichen bis in die Zukunft. Die Gegenwart kann schon allein deshalb nicht strahlend sonnig sein, bei allem Respekt, weil mit der Landesbank von Quartal zu Quartal immer neue Wolken aufziehen. Eine Regierungserklärung hat die Aufgabe, seriös zu informieren, nicht mit Tarnung und Täuschung die tatsächliche Lage zu verschleiern. Der Ministerpräsident nennt drei Luftbuchungen, die als Argumentationsgrundlage für eine Totalschuldung bis 2030 taugen sollen. Lassen Sie mich dafür ein oder zwei Minuten aufwenden.

Länderfinanzausgleich: Der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer hat uns das eingebracht.

Der Verweis auf den Länderfinanzausgleich ist ein reines Ablenkungsmanöver. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich darf Sie daran erinnern, dass die CSU das geltende Finanzausgleichsgesetz mit ausgehandelt und selbst beschlossen hat. Das gilt sowohl für den Solidarpakt I aus dem Jahr 1993 als auch für den Solidarpakt II und damit für den aktuellen Länderfinanzausgleich seit 2001. Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, wer in namentlicher Abstimmung am

5. Juli 2001 im Deutschen Bundestag dem Gesetz zugestimmt hat? Für den gegenwärtigen Finanzausgleich, gegen den jetzt mobil gemacht wird, hat die ganze CSU-Landesgruppe gestimmt: Dr. Peter Ramsauer, Ilse Aigner, Gerda Hasselfeldt und Hartmut Koschyk. Einer darf jedoch nicht fehlen. Herr Ministerpräsident, hören Sie zu. Sie waren als Bundestagsabgeordneter Horst Seehofer bei der namentlichen Abstimmung dabei. Der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer hat uns das eingebracht.

In Berlin waren Sie dafür und ein paar Jahre später tun Sie in München so, als hätten Sie damit nichts zu tun gehabt. Bereits wenige Tage bevor die CSU das Gesetz im Bundestag beschlossen hat, gab es eine bemerkenswerte und kraftvolle Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zum Länderfinanzausgleich. Das ist ein Lesetipp für heute Abend an die Journalisten. Dr. Stoiber feierte den maßgeblich von ihm selbst ausgehandelten Finanzausgleich als bedeutsam für den Föderalismus und den Tag als gutes Datum für Bayern und für Deutschland. Ich zitiere Dr. Edmund Stoiber über seine Position bei der Verhandlung zum Länderfinanzausgleich: "Die Arbeit und die Politik der Staatsregierung der letzten Jahre haben sich als erfolgreich erwiesen. Wir haben etwas bewegt. Wir sind dort gelandet, wo wir hin wollten. Kein Land erleidet finanzielle Verluste."

Keine zwei Monate später erfahren die Abgeordneten des Bayerischen Landtags per Schreiben vom damaligen Finanzminister: "Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Bayern hat dem Finanzausgleich zugestimmt, da das Ausgleichsvolumen im Länderfinanzausgleich sinkt und Bayern als Zahler finanziell entlastet wird. Mit freundlichen Grüßen, Prof. Kurt Faltlhauser, CSU".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Dreistigkeit sondergleichen, dass der CSU-Chef die GRÜNEN und die SPD im Bayerischen Landtag dazu auffordert, gegen den Länderfinanzausgleich mobil zu machen, den er selbst im Deutschen Bundestag beschlossen hat.

Niemand sonst als die bayerische CSU hat uns diesen Finanzausgleich eingebracht. Ja, Herr Ministerpräsident, Sie haben recht: Der von Ihnen mitbeschlossene und von der CSU mitverhandelte Länderfinanzausgleich ist großer Mist. Ihre Ausführungen wären ehrlicher gewesen, wenn Sie hier und heute gesagt hätten: Ja, der von der CSU noch vor kurzer Zeit als ganz großer Coup gefeierte Länderfinanzausgleich war ein sündhaft teurer Fehler der CSU, den die bayerischen Steuerzahler wie bei der Landesbank auszubaden haben.

So herum ist es nämlich richtig. Deshalb fordern wir als SPD, wie bereits mit unserem Antrag vom 10. Juni 2010, die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs: Der bayerische Finanzminister muss endlich ein Reformmodell für den bundesstaatlichen Finanzausgleich mit konkreten Zielen, Ausgleichsmechanismen und Modellrechnungen vorlegen. Markige Sprüche allein nützen niemandem. Kraftmeierei ohne jede politische Konsequenz beeindruckt niemanden. Bereits 2009, 2010 und 2011 hatten Sie in Ihren Regierungserklärungen den Länderfinanzausgleich thematisiert. Getan hat sich in Ihrer Verantwortung nichts.

Seehofer verlagert seinen Entschuldungsvorschlag schlichtweg auf die übernächste Staatsregierung

Es handelt sich um eine Luftbuchung, wenn Sie jetzt sagen: Der Schuldenabbau, den ich gegenüber Journalisten und meiner Fraktion in Wildbad Kreuth angekündigt habe, soll ab 2019, wenn der Länderfinanzausgleich endet, beginnen. Bis dahin ist nämlich das von Ihnen beschlossene Gesetz gültig. Damit verlagern Sie die Umsetzungsverantwortung für Ihren Entschuldungsvorschlag schlichtweg auf die übernächste Staatsregierung, der Sie ganz gewiss nicht mehr angehören werden. Ich sage noch einmal: Das ist ein vorgezogener Faschingscherz.

Doch die Luftbuchungen sind mit dem Länderfinanzausgleich noch nicht zu Ende. Zur Erreichung des Schuldenabbaus bis zum Jahr 2030 fordert der CSU-Vorsitzende außerdem drei Milliarden Euro von der Bayerischen Landesbank. Das ist bescheiden und großspurig gleichermaßen: einerseits bescheiden, denn Erlöse in Höhe von drei Milliarden sind sehr wenig für eine Bank, in deren Büchern immer noch zehn Milliarden Euro Schulden und fünf Milliarden Euro Garantien stehen. Andererseits ist es großspurig, da ein Erlös in Höhe von drei Milliarden Euro von der Bayerischen Landesbank ein Traum bleiben dürfte. Die Landesbank bringt uns auf absehbare Zeit keine Erlöse, sondern verursacht weitere Kosten. Für die Steuerzahler steht sie nicht auf der Haben-, sondern auf der Soll-Seite. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht in Sicht. Wir wissen bereits heute, dass der bayerische Steuerzahler bis zum Jahre 2014 nochmals mit mindestens 1,6 Milliarden Euro belastet wird. Wolkenkuckucksheim in Sachen Landesbank - mit diesen Worten ist diese Politik zu beschreiben. Heute wollten Sie das Ganze elegant umschiffen. Damit blenden Sie jedoch die bayerische Bevölkerung und streuen ihr gezielt Sand in die Augen.

Stellenabbau: Die Staatsregierung spart schon jetzt bei den Beamten

Jedoch müssen wir einen Punkt Ihrer Ankündigungen sehr ernst nehmen: Ihre Ankündigung, mit einer radikalen und umfassenden Verwaltungsreform einen dramatischen Stellenabbau in Angriff zu nehmen. Die Staatsregierung spart bereits jetzt bei den Beamten. Die zweistufige Erhöhung der Besoldung zum 1. Januar 2012 um 1,9 % und zum 1. November 2012 um 1,5 % ist gewiss keine Wohltat. Im Jahre 2011 gab es eine Nullrunde. Wir wollen hier und heute von Ihnen wissen: Was kommt auf die bayerischen Staatsdiener bis zum Jahre 2030 zu? Sie haben Ihr Entschuldungsziel so knallhart formuliert, dass es ohne dramatischen Stellenabbau, ohne kontinuierliche Nullrunden, ohne Streichung von Weihnachtsgeld und ohne Streichung von Sondervergütungen nicht erreicht werden kann. Noch einmal: Sie wollen ab 2013 jedes Jahr 1,85 Milliarden Euro an Schulden zurückführen. Das entspricht exakt dem Haushaltsvolumen des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Sie wollen somit gewissermaßen Wirtschaftsminister Zeil ab dem Jahre 2013 einsparen. Das Einsparpotenzial sehen möglicherweise im nächsten Jahr auch die Wählerinnen und Wähler.

Seehofer verlagert 563 Millionen Euro auf Kosten künftiger Generationen in die Zukunft

Mit Wirtschaftsminister Zeil sollten gleich alle Wirtschaftsförderprogramme zur Entwicklung der Infrastruktur und des Verkehrs gehen.

Ich könnte das durch alle Ministerien konjugieren. Eines ist jedoch sehr deutlich: Mit diesen Luftbuchungen ist Seehofers Heißluftballon einer Radikalentschuldung Bayerns bereits in kurzer Zeit in niedrigster Höhe geplatzt. Zwei Luftbuchungen - Länderfinanzausgleich und Landesbank - sowie die angekündigte Verwaltungsreform, die so niemals kommen wird, sind allein schon wenig glaubhaft. Noch unglaublicher wird es, wenn wir uns anschauen, ob Sie tatsächlich Vorsorge leisten, wie Sie es heute kundgetan haben. Sie hatten bei der Kabinettsklausur in St. Quirin beschlossen, auf die Zuführungen zum Pensionsfonds für die Beamten zu verzichten. Die finanziellen Folgen werden also in spätere Haushalte verlegt. Das heißt, Sie verlagern 563 Millionen Euro auf Kosten künftiger Generationen in die Zukunft. Das ist alles, nur nicht generationengerecht. Die Zechen müssen unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen!

Dann erinnern wir uns noch an die permanenten Steuersenkungsversprechen von Horst Seehofer. Woche für Woche deutete er sie an oder formulierte sie kraftvoll, je nach Publikum, beispielsweise: "Mehr Netto vom Brutto für alle". Wir erinnern uns auch daran, dass Herr Seehofer in Bayern regelrecht in Spendierhosen unterwegs ist. Jetzt schenkt er den Münchnerinnen und Münchnern einen fünften großen Konzertsaal für eine fünftel Milliarde Euro, und das wird im Vorbeigehen angekündigt. Bis heute folgenlos ist aber nach wie vor die für Augsburg angekündigte Universitätsklinik. "Die Uniklinik kommt", so versprach der Ministerpräsident, und setzte dahinter drei Ausrufezeichen. Das haben wir noch gut in Erinnerung. Das steht im Goldenen Buch der Stadt Augsburg, geschrieben von Ministerpräsident Horst Seehofer.

**Der Freistaat stiehlt sich aus der Verantwortung.
Die Lasten werden auf die Kommunen abgewälzt.**

Schon jetzt scheint klar, wer der Lastesel der Staatsregierung sein soll: die bayerischen Kommunen. Die wohnungspolitische Bankrotterklärung ist erst wenige Tage alt. Brüssel gibt im Zusammenhang mit dem EU-Beihilfeverfahren den Notverkauf der staatseigenen GBW-Wohnungen wegen des Landesbankdesasters vor, und Staatsminister Söder erklärt, der Freistaat Bayern könne die 33.000 GBW-Wohnungen in bayerischem Staatsbesitz selbst nicht mehr schützen. Er will auch den 85.000 Mietern keinen vertraglichen Schutz gewähren. Das Ergebnis: Weil sich der Freistaat aus der Verantwortung stiehlt, weil er angeblich nicht genügend Geld hat, müssen Bayerns Kommunen jetzt einen Rettungsschirm von mehreren hundert Millionen Euro für das freistaatliche Desaster bei der Landesbank aufspannen. Diese gewaltigen Beträge werden den Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei der Schulanierung und bei den kommunalen Wohnungsunternehmen fehlen.

Die Lasten werden auf die Kommunen abgewälzt, es werden immer mehr Löcher in die Säcke der Städte und Gemeinden gerissen! Damit kennt sich die CSU aus. Das ist Tradition in der Bayerischen Staatsregierung!

In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der kommunalen Schulden so hoch wie hier bei uns in Bayern, nämlich 28,9 %. Warum? - Weil die Kommunen vom Freistaat am Gängelband gehalten werden. Wir werden das in Regierungsverantwortung ändern!

Der Freistaat Bayern kann tatsächlich nicht mehr aus dem Vollen schöpfen. Der Freistaat lebte nämlich in den Stoiber-Jahren ganz überwiegend von den Privatisierungserlösen. In den letzten 20 Jahren hat die CSU 49 staatseigene Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen privatisiert. Diese Verkäufe haben dem Freistaat insgesamt 7,3 Milliarden Euro an Einnahmen gebracht. Übrigens ist das unter dem Strich noch nicht einmal ein Bruchteil dessen, was die CSU beim Landesbankdesaster an bayerischem Volksvermögen vernichtet hat, und zwar in kürzerer Zeit.

7,3 Milliarden Euro. Darunter waren so stolze Unternehmen wie die Bayernwerke, Bayerngas, Contigas, Bayerische Versicherungskammer, Deutsche Aerospace - DASA -, die Staatliche Molkerei Weihenstephan. All diese Firmen wurden privatisiert. Ich sage es noch einmal: Wenn man die Erlöse mit dem Landesbankdesaster gegenrechnet, dann ist das ein fatales Minusgeschäft.

Die Folgen der CSU-Privatisierungspolitik: Bayern verliert Wertschöpfung und Steuereinnahmen

Die Folgen der Privatisierung, vor der wir, die SPD, immer gewarnt haben, werden uns in diesen Tagen besonders deutlich bei Eon vor Augen geführt. Eon, einstmals Bayernwerke, kehrt dem Freistaat Bayern nun den Rücken und baut tausende Arbeitsplätze ab. Damit geht Bayern Wertschöpfung ebenso verloren wie Steuereinnahmen. In Bayern müssen wir heute mit Mühe und Not notwendige Strukturen für die Energiewende aufbauen. Wie viel leichter hätten wir es, wenn wir noch den großen stolzen Energieversorger Bayernwerke hätten! - Wie das mit der Energiewende gehen kann, das wird uns in München vorgemacht. Das größte kommunale Unternehmen in Deutschland, die Stadtwerke München, machen es vor: Ab 2015 können in der rot-grün geführten Stadt, in der 1,4 Millionen Einwohner zählenden Metropole, alle privaten Haushalte mit regenerativen Energien versorgt werden. Bereits in drei Jahren ist das der Fall. Das ist vorbildliche Politik, meine Damen und Herren!

Unterdessen steigt im Freistaat die versteckte Verschuldung von Tag zu Tag. Ich nenne als Beispiel die Staatsstraßen. Jede dritte Staatsstraße im Freistaat Bayern ist nach Angaben des Innenministeriums dringend sanierungsbedürftig. Dem Sanierungsbedarf in Höhe einer Dreiviertelmilliarde Euro kommt Ihr "Aufbruch Bayern" nicht einmal im Entferntesten nach. Die Schlaglöcher werden nicht weniger, sondern mehr. Die Infrastruktur verlottert. Das gilt übrigens nicht nur für viele Staatsstraßen, das gilt auch für manche Theater, Museen, Schulen und Hochschulen. Diese Lasten werden künftige Generationen zu tragen haben, weil Bayern seinen Pflichtaufgaben nicht nachkommt.

Wenn wir gerade über Infrastruktur reden, dazu gehört auch eine ordentliche Breitbandversorgung. Die SPD wird in Regierungsverantwortung endlich ein unbürokratisches und effizientes Förderprogramm auflegen. Erwin Huber wollte es nicht, sein Nachfolger hat ein bürokratisches Monstrum konstruiert. Von wegen "Laptop und Lederhose" - bei Schwarz-Gelb ist die gute alte Postkutsche schneller als das E-Mail. Wir werden das ändern!

Zu guter Bildung gehört auch eine wohnortnahe Schule.

Weil die Haushaltsspielräume tatsächlich enger werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es umso notwendiger, dass Gelder effizient eingesetzt werden. Der CSU müssen doch die Ohren geklingelt haben, als bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth ausgerechnet Arbeitgeberpräsident Hundt der CSU das Verplempern von Steuergeldern vorgeworfen hat. Rausgeworfenes Geld, so nennt er das Betreuungsgeld, und: falscher Ansatz. Die Kinder, so Hundt, müssten einen frühen Zugang zu guter Bildung bekommen. Deshalb sollte der Freistaat nicht in das Betreuungsgeld investieren, sondern bitte in den Ausbau der Kinderbetreuung.

Zu guter Bildung gehört auch eine wohnortnahe Schule. Mit Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident, wird das aber immer weniger gewährleistet. In den letzten Jahren haben in Bayern mehr als 700 Schulstandorte geschlossen. Von wegen "kurze Beine - kurze Wege". Für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern gehört eine Anfahrt von 60 bis 70 Minuten zum Alltag. Die Prognosen des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes sind dramatisch. Dem ländlichen Raum in Bayern droht ein beispielloses Schulsterben. Bis zum Jahr 2030 wird mehr als die Hälfte der heute noch bestehenden Haupt- und Mittelschulstandorte wegbrechen. Nur noch 500 statt heute 1.000 Schulen wird es geben. Besonders stark betroffen sind die kleinen Schulen auf dem Land. Auf dieses Problem geben Sie überhaupt keine Antwort, ganz nach dem Motto: Augen zu und durch.

Die SPD sagt: Wir können die Schüler auch unter einem Dach unterrichten, in einer Schule, in der alle Schulabschlüsse angeboten werden.

Ganztagsschulbau findet allenfalls in Seehofers Reden statt, nicht jedoch im politischen Handeln.

Mit pädagogisch modernen Konzepten und Ganztagsschulangeboten kann das gehen, so wie es beispielsweise Peter Harry Carstensen in Schleswig Holstein durchgeführt hat. Deshalb sagen uns jetzt auch viele CSU-Bürgermeister: Die SPD gibt mit der Gemeinschaftsschule die richtigen Antworten auf das Schulsterben in Bayern. Lasst sie uns dort gemeinsam einführen, wo Kommune und Schulfamilie dies beantragen.

Sie erhöhen auch nicht die Investitionen in den Ausbau des Ganztagsschulangebotes, wie Sie es suggerieren wollten, sondern 2012 gibt es dafür weniger Geld. Sie kündigen in diesem Jahr 11,8 Millionen Euro mehr an, verschleiern aber, dass gegenüber 2011 36 Millionen Euro im Projekt "Zukunft Bayern 2020" wegfallen. Ganztagsschulbau findet also allenfalls in Ihren Reden statt, nicht jedoch in Ihrem politischen Handeln.

In unserem Land sollen sich alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Nationalität sicher fühlen können

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung die innere Sicherheit in Bayern gewürdigt. Wir teilen die Bestürzung über die brutalen Morde an Staatsanwalt Tilman Turck in Dachau und an dem Polizisten Mathias Vieth in Augsburg. Unser Mitgefühl, auch das soll hier heute noch einmal betont werden, gilt auch den Hinterbliebenen der brutalen rechtsextremistischen Morde in München und Nürnberg. Die Blutspur der Nazigewalt führt nämlich von Sachsen zu uns nach Bayern. Die Morde an unseren Mitbürgern mit Migrationshintergrund beschämen und entsetzen uns. So menschenverachtend diese Taten sind, so nachdrücklich müssen Ermittlung und Aufklärung vorangetrieben werden. Es ist doch in erschreckendem Umfang deutlich geworden, dass die deutschen und auch die bayerischen Sicherheitsbehörden rechtsextreme Aktionsfelder und Gewalt verkannt oder zumindest nicht erkannt haben. Wir brauchen ein Handlungskonzept gegen rechtsextreme Gewalt. Der Chef des Bayerischen Landeskriminalamts, Herr Dathe, hat die Vorschläge der SPD-Fraktion bei unserer Klausurtagung in Kloster Irsee ausdrücklich unterstützt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben herausgestellt, dass wir in Bayern insbesondere unsere Polizisten, Staatsanwälte und Richter schützen müssen. Ich unterstütze das ganz ausdrücklich und füge hinzu: In unserem Land sollen sich alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Nationalität sicher fühlen können. Auch Einwanderer in Bayern stehen unter dem besonderen Schutz unseres staatlichen Gemeinwesens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung hat 2011 sehr viel Geld für eine Werbekampagne zum sogenannten Projekt "Aufbruch Bayern" ausgegeben; das ist das Thema, das wir heute behandeln. Insgesamt wurden 1,12 Millionen Euro aus bayerischen Steuermitteln für diese Werbekampagne ausgegeben.

Seehofer ist den Erwartungen, seinen angeblichen Plan einer Radikalentschuldung zu erörtern, flüchtend aus dem Weg gegangen.

Mit den zahlreichen Reklamemaßnahmen wie zum Beispiel Logoentwicklung, grafische Konzeption oder Anzeigenschaltung wurden verschiedene Unternehmen beauftragt, wie meiner Kollegin Annette Karl auf Schriftliche Anfrage mitgeteilt wurde. Heute ist deutlich geworden, dass auch die beste Werbung nichts hilft, wenn das Produkt eine Mogelpackung ist. Politisches Marketing wird dann zu einem Beitrag zur Politikverdrossenheit, wenn sich am Ende das Gegenteil dessen herausstellt, was in den Raum gestellt wurde.

Der Ministerpräsident hat heute mehr politische Fragen offen gelassen als er Antworten gegeben hat. Er ist den Erwartungen der bayerischen Öffentlichkeit, seinen angeblichen Plan einer Radikalentschuldung zu erörtern, flüchtend aus dem Weg gegangen. Dafür wird es Gründe geben. Die Regierungserklärung war in vielen Teilen politischer Hokusfokus. Ich sage: Die Menschen in Bayern wollen ernst genommen werden. Sie haben einen Anspruch darauf. Nirgendwo in Deutschland sind die Menschen so bodenständig wie in Bayern. Sie packen an, sie lieben ihr Land, sie nehmen ihr Leben in die Hand und sie erwarten Taten statt schöner Worte. Wertebewusstsein, Verantwortungsbewusstsein, Kreativität, all das ist bei uns in Bayern daheim. Lassen Sie uns diese Potenziale besser nutzen und politisch gestalten. Das ist unser Auftrag.